

Stand: 05.07.2025 19:30:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2719

"Mobilität auch im Alter sicherstellen - Innovative, lokale und niedragschwellige Mobilitätskonzepte unbürokratisch fördern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2719 vom 27.06.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/4550 des SO vom 06.11.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 32 vom 12.11.2019
4. Beschluss des Plenums 18/5352 vom 10.12.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 35 vom 10.12.2019



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Christian Flisek, Ruth Müller, Inge Aures, Klaus Adelt SPD**

Mobilität auch im Alter sicherstellen – Innovative, lokale und niedragschwellige Mobilitätskonzepte unbürokratisch fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Richtlinie zur Förderung Regionaler Initiativen im Freistaat Bayern für Zukunftsprojekte der Landesentwicklung (FöRLa) so anzupassen, dass auch kleine Vereine und lokale Initiativen, welche niedragschwellige Mobilitätskonzepte entwickelt haben, insbesondere auch für Seniorinnen und Senioren, mit Fördermitteln unterstützt werden können. Nötig sind hierfür die Öffnung der Zuwendungsempfänger und die Vereinfachung der Zuwendungsvoraussetzungen.

Begründung:

In vielen Gemeinden, insbesondere auf dem Land, gibt es ein zu geringes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln bzw. eine zu geringe Taktung. Außerhalb der Hauptverkehrszeiten werden oft keine öffentlichen Verkehrsverbindungen angeboten, sodass es nicht möglich ist, regelmäßig von einem Ort zum anderen zu gelangen. Gerade für nicht mobile Personen sind dies extreme Hürden. Eine weitere Hürde für nicht mobile Personen, wie auch Seniorinnen und Senioren, ist oft die weite Entfernung der nächsten Haltestellen von ihrer Wohnung. Auf dem Land handelt es sich in Bayern nicht selten um über zwei Kilometer. Das hat auch das aktuelle Ranking von Allianz pro Schiene e. V. ergeben. Bayern schneidet hier mit am schlechtesten ab. Nur 79 Prozent der Bayern wohnen höchstens 600 Meter Luftlinie oder 1.200 Meter vom nächsten Haltestelle mit mindestens 20 Fahrtmöglichkeiten am Tag entfernt, während in anderen Bundesländern in Deutschland im Schnitt über 90 Prozent der Bewohner eine sehr gute Erreichbarkeit zum öffentlichen Nahverkehr haben.

Gerade für mobil eingeschränkte Personen, Personen mit Handicap und Seniorinnen und Senioren sind daher innovative, niedragschwellige und lokal passgenaue Angebote oft die einzige Lösung, um mobil zu sein. In vielen bayerischen Gemeinden gibt es Mobilitätsangebote mit Vorbildfunktion, bei denen Ehrenamtliche zu bestimmten Zeiten auf Abruf für Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Handicap zur Verfügung stehen. In anderen Gemeinden gibt es bereits Pläne, ähnliche Konzepte einzuführen. Kommunen brauchen aber die nötige Flexibilität bei den Förderbedingungen, um maßgeschneiderte Lösungen zu erarbeiten. Die Umsetzung solcher Konzepte könnte für viele Gemeinden realisiert werden, wenn eine grundsätzliche Förderung oder Anschubfinanzierung durch die Staatsregierung gewährleistet wäre. Insbesondere für die Anschaffung von Fahrzeugen wäre Unterstützung durch den Freistaat hilfreich.

Auch die Staatsregierung hat sich zum Ziel gesetzt, insbesondere kleine Initiativen, zu fördern und örtliche Vereinsstrukturen zu stärken. Im Bereich Mobilität tut sie dies bisher noch nicht flexibel genug. Der nun eingeführte Bürgerbus ist eine gute und wichtige Ergänzung des Linienverkehrs, bietet aber keine Fördermöglichkeit für niedragschwel-

lige Mobilitätsangebote. Gerade in kleinen und zersiedelten Gemeinden ist er nicht umsetzbar. Hier sind individuelle Angebote notwendig, die nicht von einem Fahrplan abhängig sind.

Die Richtlinie zur Förderung Regionaler Initiativen im Freistaat Bayern für Zukunftsprojekte der Landesentwicklung (Förderrichtlinie Landesentwicklung – FöRLa) hat hingegen zum Ziel, die Lebensverhältnisse von Stadt und Land zu verbessern. Es sollen auch Eigeninitiativen der regionalen Akteure zur Entwicklung von innovativen, maßgeschneiderten Lösungen für gemeinsame Zukunftsfragen, insbesondere für die Herausforderungen durch den demografischen Wandel, vor Ort unterstützt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Christian Flisek, Ruth Müller u.a. SPD
Drs. 18/2719

**Mobilität auch im Alter sicherstellen - Innovative, lokale und niedrigschwellige
Mobilitätskonzepte unbürokratisch fördern**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass in Satz 1 nach dem Wort „aufgefordert“ die Wörter „zu prüfen, ob“ eingefügt werden und das Wort „anzupassen“ durch die Wörter „angepasst werden kann“ ersetzt wird.

Berichterstatlerin: **Doris Rauscher**
Mitberichterstatler: **Andreas Jäckel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 14. Sitzung am 26. September 2019 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 6. November 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende

Es geht um einen Sicherheitsbericht, und es geht auch gar nicht um Inhalte, die näher erläutert wurden. Aber vor fünf Jahren wurde das Gleiche schon einmal identisch im Haus vorgetragen und einstimmig verabschiedet. Heute – Herr Rinderspacher, darin erkennen Sie keine Denklöge, ich auch nicht – lehnt man den gleichen Antrag, weil er von einer rechtsradikalen, von einer Rechtsaußen-Fraktion gestellt wurde, offensichtlich ab, der Form halber, aber nicht aus inhaltlichen Gründen.

Was wir brauchen – dies ist doch längst überfällig –, ist ein umfassender Lagebericht, der unsere Politik, aber auch unsere Exekutive und die Judikative in die Lage versetzt, eine Analyse und Prognose für ihre Aufgabenerfüllung zu erstellen und auch dem Bürger eine Rückmeldung zu geben, welche Sicherheitslage in ihrer Gesamtheit in unserem Freistaat Bayern – sicherlich täte das dem Bund auch gut – gegeben ist. Das wäre eine gute Rückmeldung für den Bürger, und damit käme man dem Bürger wirklich nahe.

Wir müssen uns mehr um das kümmern, was hier im Land grundsätzlich läuft. Dazu gehört die Sicherheit. Diese besteht nicht nur aus Kriminalitätsstatistik und aus Dunkelfeld-Opfer-Analyse. Wie das geht, möchte ich mir einmal vorstellen. Das Dunkelfeld bringt uns keine Opfer ins Hellfeld, sondern hält sie im Dunkelfeld. Ich bin gespannt, was in zwei Jahren auf den Tisch kommt.

Das allein reicht aber nicht aus. Es gibt so viele Risiken in Industrie und Wirtschaft, im Verkehr. Denken Sie an Gefahrgüter, die transportiert werden. Es gibt so viele Risiken in Bezug auf weit über die Kriminalität hinausgehende Alltagswirkungen; sie alle müssten uns zusammengefasst in einem Bericht dargelegt werden, der es uns gestattet, wirklich in der Lage leben zu können, auch als Parlamentarier.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Swoboda!

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich komme zum Schluss. – Ich fordere Sie auf: Irgendwann sollten Sie den Sprung in die Offenheit zur Information der Bürger wagen.

(Hans Herold (CSU): Ich habe es ja gesagt! Überzogen, wie immer!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Swoboda. – Wir haben noch eine Minute und dreißig Sekunden Zeit bis zur namentlichen Abstimmung. Die Zeit werde ich jetzt mit zwei Bekanntgaben überbrücken.

Zunächst gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Magerl, Winhart, Ebner-Steiner und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Melderegister für Fehlbildungen bei Neugeborenen", Drucksache 18/3700, bekannt. Mit Ja haben 18 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 162 gestimmt, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5 – Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Außerdem gebe ich Ihnen bekannt, dass die **Listennummer 2** der **Anlage zur Tagesordnung** im Einvernehmen aller Fraktionen heute nicht mehr aufgerufen wird, sondern erst in der nächsten Plenarsitzung. Es handelt sich hierbei um den Antrag der Abgeordneten Rauscher, Flisek, Müller und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Mobilität auch im Alter sicherstellen – Innovative, lokale und niedrigschwellige Mobilitätskonzepte unbürokratisch fördern" auf Drucksache 18/2719.

Damit schließe ich auch die Aussprache zum Antrag betreffend einen periodischen Sicherheitsbericht. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Doris Rauscher, Christian Flisek, Ruth Müller, Inge Aures, Klaus Adelt SPD**

Drs. 18/2719, 18/4550

Mobilität auch im Alter sicherstellen – Innovative, lokale und niedrigschwellige Mobilitätskonzepte unbürokratisch fördern

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu berichten, ob und wie die Richtlinie zur Förderung Regionaler Initiativen im Freistaat Bayern für Zukunftsprojekte der Landesentwicklung (FöRLa) so angepasst werden kann, dass auch kleine Vereine und lokale Initiativen, welche niedrigschwellige Mobilitätskonzepte entwickelt haben, insbesondere auch für Seniorinnen und Senioren, mit Fördermitteln unterstützt werden können.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe hiermit den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Christian Flisek, Ruth Müller u. a.
(SPD)**

**Mobilität auch im Alter sicherstellen - Innovative, lokale und niedrigschwellige
Mobilitätskonzepte unbürokratisch fördern (Drs. 18/2719)**

Über den Antrag soll ohne Aussprache und in einer Neufassung, auf die sich die Fraktionen verständigt haben, abgestimmt werden. Der Antrag soll folgende Fassung erhalten:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu berichten, ob und wie die Richtlinie zur Förderung Regionaler Initiativen im Freistaat Bayern für Zukunftsprojekte der Landesentwicklung (FöRLa) so angepasst werden kann, dass auch kleine Vereine und lokale Initiativen, welche niedrigschwellige Mobilitätskonzepte entwickelt haben, insbesondere auch für Seniorinnen und Senioren, mit Fördermitteln unterstützt werden können.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag in dieser Neufassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und die beiden Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. Dann ist dem Antrag in der Neufassung hiermit zugestimmt worden.

Meine Damen und Herren, ich verkünde noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann und anderer und Fraktion (FDP) zur Regelung der Ladenöffnungszeiten im Freistaat Bayern – Bayerisches Ladenöffnungszeitengesetz – auf Drucksache 18/1823. Mit Ja haben 12 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 175 Abgeordnete. Bei 4 Stimmenthaltungen ist der Gesetzentwurf damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Meine Damen und Herren, dann wären wir hiermit am Ende der heutigen Tagesordnung, soweit sich diese rechtzeitig erledigen lässt. Jetzt kommen leider gerade Zuschauer. – Ich muss Ihnen sagen, dass unser Pensum für heute eigentlich erfüllt ist.

Ich wünsche Ihnen allen einen schönen gemeinsamen Parlamentarischen Abend ohne Restriktionen durch Ladenschluss oder ähnliche Dinge. Schönen Abend! – Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17:04 Uhr)